



Positionierung zur Umweltpolitik in Sachsen-Anhalt

Landwirte stehen für einen praktischen Umwelt- und Naturschutz, der sich am Leitspruch „Schützen durch Nützen“ orientiert. Die Landwirtschaft hat über Generationen unsere vielfältige Kulturlandschaft geschaffen, die es zu erhalten gilt. Wir stehen für kooperativen und motivierenden Naturschutz, der sparsam und effizient mit der Ressource Boden umgeht, sowie Artenvielfalt sichert. Hierbei bringen die landwirtschaftlichen Unternehmen Ihre speziellen Fähigkeiten und Kenntnisse ein. Wenig Einfluss können sie auf den weiterhin hohen Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen für Infrastrukturschaffung und daraus folgenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nehmen. Hier erwarten unsere Landwirte von Gesellschaft und Politik ernsthafte und für die nachfolgenden Generationen verantwortungsvolle Anstrengungen zur Reduzierung.

Unsere Forderungen und Erwartungen an die Landespolitik:

1. In erster Linie erwarten wir, dass die Grundlage des Wirtschaftens in landwirtschaftlichen Betrieben, nämlich das Eigentum an Grund und Boden, sei es das Eigene oder das durch Pacht bewirtschaftete, durch den Staat geschützt wird. Dies gilt auch für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen.
2. Wir stehen ein für einen ehrlichen Umgang miteinander und daher tolerieren wir nicht, dass Naturschutzmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen ohne Einbezug der Eigentümer und Bewirtschafter umgesetzt werden.
3. Wir sehen weiterhin die Umsetzung von Natura 2000 im Land als sehr kritisch an. Trotz aller Einwände wurde die Landesverordnung ab 2019 umgesetzt. Diese hat schon heute massive Wert- und Einkommensverluste für die ansässigen Eigentümer und Bewirtschafter zur Folge, die mit ihrer Art der Bewirtschaftung erst dazu beigetragen haben, dass diese Gebiete geschützt werden konnten.
4. Wir fordern, dass insbesondere der institutionelle Naturschutz im Land sich auf die Landwirtschaft zubewegt. Die Forderungen nach mehr Naturschutz durch die Landwirtschaft können nur bei einem ehrlichen Umgang miteinander erfüllt werden.
5. Naturschutz durch die Landwirtschaft kann es nicht zum Nulltarif geben. Bei einem ökonomisch nachhaltigen Ausgleich und Anreiz können Landwirte damit ggf. in Abhängigkeit ihres Standortes einen weiteren Betriebszweig errichten und wären hierfür auch bereit.
6. Wir lehnen eine Finanzierung solcher Maßnahmen aus den bisher vorhandenen Töpfen der EU-Zahlungen ab. Wenn die Gesellschaft mehr Naturschutz möchte, dann muss dieser mit neuem Geld bezahlt werden.
7. Wir erwarten eine offene gesellschaftliche Diskussion über die Bedeutungsanteile von Biodiversitätsmaßnahmen und deren Zusammenhängen. Landwirtschaft ist ein Faktor in der Ursachenforschung bei Auswirkungen auf die Biodiversität, aber nicht der einzige. Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme bei z.B. Singvogelbeständen zählt ebenso das Management von Prädatoren und invasiven Arten, auf die Landwirte keinen Einfluss haben.
8. Wir kritisieren, dass anerkannten Umweltverbänden der Kauf von landwirtschaftlichen Flächen in Sachsen-Anhalt durch das Zurverfügungstellen von regulären

Haushaltsmitteln des Landes ermöglicht wird. Dieses Verfahren ist einzustellen. Wenn Umweltverbände Flächen kaufen möchten, so hat dieses durch Eigenkapital oder branchenübliches Fremdkapital zu erfolgen. Wir lehnen darüber hinaus ab, dass Umweltverbänden landwirtschaftliche Flächen zum Nulltarif überlassen oder geschenkt werden.

9. Wir erwarten, dass das MULE als Ministerium mit den Ressorts Umwelt, Landwirtschaft und Energie eine gesellschaftliche Klammerfunktion ausübt und gegensätzliche Positionen zusammenführt. Das bedeutet, dass wenn bei ministeriellen Vorhaben im landwirtschaftlichen Bereich Umweltverbände dazu geladen werden, dieses im umgekehrten Fall ebenso gehandhabt wird. Als Negativbeispiel gilt die Leitlinie zum Bibermanagement, bei der vor allem die Umweltseite sich ihren Anliegen gewidmet hat und die Flächenbewirtschafter nicht beteiligt wurden.
10. Um die Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft weiter zu erhöhen, braucht es einen ehrlichen Dialog, der vor allem auf kooperativen und wissenschaftlichen Ansätzen beruht. Hierfür müssen sich alle am Thema Interessierten aufeinander zubewegen.

31. Landesbauernverbandstag, Staßfurt, 20. November 2019